

troff in Verbindung stand, unterstützte ihn bei der Vorbereitung seiner Verteidigung vor dem Reichsgericht und organisierte innerhalb und außerhalb Deutschlands eine breite Bewegung zur Befreiung Dimitroffs und gegen die faschistischen Reichstagsbrandstifter. Die glänzende Verteidigung Dimitroffs und eine weltweite Solidaritätsbewegung zwangen die Hitlerfaschisten, Dimitroff und seine Mitangeklagten freizulassen.

Der Bankrott der reformistischen Spaltungs- und Kapitulationspolitik, den die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und der Sieg des Faschismus 1933 sichtbar gemacht hatten, verstärkte die Krise in der SPD, die faktisch aufhörte, als geschlossene Partei zu wirken. Auf Grund eigener bitterer Erfahrungen und von der Politik der KPD beeinflusst, begann sich unter sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären die ideologische Auseinandersetzung zu vertiefen und die Erkenntnis zu verbreiten, daß die Spaltung der Arbeiterklasse nur den Feinden der Demokratie und des Sozialismus nützt und daß der Faschismus nur durch den einheitlichen Kampf der Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse geschlagen werden kann. Entgegen dem Willen und den Beschlüssen des nach Prag emigrierten sozialdemokratischen Parteivorstandes, der auch weiterhin jeden Kontakt mit der KPD ablehnte, suchten illegale sozialdemokratische Gruppen und einzelne Sozialdemokraten den Weg zu ihren kommunistischen Klassenbrüdern und zu den illegalen Parteiorganisationen der KPD.

Viele sozialdemokratische Arbeiter fragten nach den Ursachen für die Errichtung der faschistischen Diktatur, nach der Rolle der Sozialdemokratischen Partei in den Jahren der Weimarer Republik und ihrer Verantwortung im Kampf gegen das Hitlerregime. Unter dem Druck dieser Stimmungen veröffentlichte der Parteivorstand der Sozialdemokratie im Januar 1934 das sogenannte „Prager Manifest“. Dieses Manifest enthielt einige richtige Feststellungen über die Verantwortung der sozialdemokratischen Parteiführung für die Niederlage der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution und über die verhängnisvollen Folgen der Spaltung der Arbeiterklasse in den Jahren der Weimarer Republik. Daraus wurden jedoch für den Kampf gegen das Hitlerregime keine Schlußfolgerungen gezogen. Der Prager Parteivorstand nutzte dieses Manifest zur Irreführung der sozialdemokratischen Mitglieder aus.

Seit 1934 entwickelten sich immer zahlreichere Kontakte kommunistischer Parteiorganisationen mit sozialdemokratischen Gruppen und Parteimitgliedern. Im September 1934 wurde erstmals ein Abkommen zwischen den illegalen Parteileitungen der KPD und der SPD im Bezirk Hessen-Frankfurt zur Organisation des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes getroffen. Zu